
Die «Aktualität» des Ersten Weltkriegs

THOMAS MÜLLER

In diesem Jahr jährt sich zum hundertsten Mal der Beginn des Ersten Weltkriegs – ein Krieg mit rund 17 Millionen Toten (über 9 Millionen Soldaten und mehr als 8 Millionen Zivilisten) und einem über vier Jahre andauernden Massenschlachten, in dem die Gesellschaften aller beteiligten Länder in einem vorher unbekanntem Ausmaß für die Kriegsziele ihrer Regierungen eingespannt und die Bevölkerungen der zu besiegenden und schließlich besiegten Länder für ihre Regierungen in Haft genommen werden sollten und wurden. Ein Krieg, der in seinen Auswirkungen die politischen, sozialen und ökonomischen Grundlagen Europas in einem ungeahnten Ausmaß umwälzte. Dass dies Anlass zum Gedenken wird, ist kaum überraschend. Die Menschen in Europa waren mit gesellschaftlichen Dimensionen eines Krieges konfrontiert, die sich zuvor zwar abzeichneten, aber eben doch nur im kleineren Rahmen (Krimkrieg 1853–56) bzw. weit entfernt (Amerikanischer Bürgerkrieg 1861–65). Auf der Krim wurden erstmals moderne Waffen (u. a. Gewehre mit gezogenen Läufen und stahlplattengeschützte Schiffe) eingesetzt, in den Vereinigten Staaten fand eine weitgehende gesellschaftliche Mobilisierung statt. Die «Möglichkeiten» der weiteren Waffenentwicklung, vor allem des Maschinengewehrs, wurden in den Balkankriegen 1912 und 1913 aufgezeigt, aber eben nur in einem kurzen Aufflackern. Die Panzer und der Gaskrieg, die «Stahlwalzen» der Artillerie hatten keine Vorläufer.¹

Warnungen vor der «Götterdämmerung»

Warnende Stimmen und realistische Einschätzungen gab es zuhauf und von unterschiedlicher Seite. Friedrich Engels warnte 1887: «Und endlich ist kein anderer Krieg für Preußen-Deutschland mehr möglich, als ein Weltkrieg, und zwar ein Weltkrieg von einer bisher nie geahnten Ausdehnung und Heftigkeit. Acht bis zehn Millionen Soldaten werden sich untereinander abwürgen und dabei ganz Europa so kahlfressen, wie noch nie ein Heuschreckenschwarm. Die Verwüstungen des Dreißigjährigen Kriegs zusammengedrängt in drei bis vier Jahre und über den ganzen Kontinent verbreitet; Hungersnot, Seuchen, allgemeine, durch akute Not hervorgerufene Verwilderung der Heere wie der Volksmassen; rettungslose Verwirrung unsres künstlichen Getriebs in Handel, Industrie und Kredit, endend im allgemeinen Bankerott; Zusammenbruch der alten Staaten und ihrer traditionellen Staatsweisheit, derart, daß die Kronen zu Dutzenden über das Straßenpflaster rollen und niemand sich findet, der sie aufhebt; absolute Unmöglichkeit, vorherzusehen, wie das alles enden und wer als Sieger aus dem Kampf hervorgehen wird; nur ein Resultat absolut sicher: die allgemeine Erschöpfung und die Herstellung der Bedingungen des schließlichen Siegs der Arbeiterklasse.»²

Im entgegengesetzten politischen Lager fürchtete Helmuth von Moltke (1800–1891),

Onkel des Generalstabschefs von 1914, den großen Krieg. Als preußischer Offizier in den deutschen «Einigungskriegen» gegen Dänemark, Österreich und Frankreich zwischen 1864 und 1871, der zudem den Vorläufer des späteren Schlieffen-Plans entwickelte, war Moltke der Ältere sicher kein Friedensengel. Anders als Engels erwartete Moltke (noch) nicht, dass das Deutsche Reich in der bekannten Form als Kriegstreiber auftreten würde, formulierte aber dennoch 1890, ein Jahr vor seinem Tod, eine deutliche Warnung an die Reichsführung vor den unabsehbaren und unabwägbar militärischen und gesellschaftlichen Risiken des nächsten Krieges: «Die Zeit der Kabinettskriege liegt hinter uns, – wir haben jetzt nur noch den Volkskrieg, und einen solchen mit allen seinen unabsehbaren Folgen heraufzubeschwören, dazu wird eine irgend besonnene Regierung sich sehr schwer entschließen ... Meine Herren, wenn der Krieg, der jetzt schon mehr als zehn Jahre lang wie ein Damoklesschwert über unseren Häuptionern schwebt, – wenn dieser Krieg zum Ausbruch kommt, so ist seine Dauer und ist sein Ende nicht abzusehen. Es sind die größten Mächte Europas, welche, gerüstet wie nie zuvor, gegen einander in den Kampf treten; keine derselben kann in einem oder zwei Feldzügen so vollständig niedergeworfen werden, daß sie sich für überwunden erklärte, daß sie auf harte Bedingungen hin Frieden schließen müßte, daß sie sich nicht wieder aufrichten sollte, wenn auch erst nach Jahresfrist, um den Kampf zu erneuern. Meine Herren, es kann ein siebenjähriger, es kann ein dreißigjähriger Krieg werden, – und wehe dem, der Europa in Brand steckt, der zuerst die Lunte in das Pulverfaß schleudert!»³

Spätestens seit den 1880er Jahren war erkennbar, dass das Zeitalter der sogenannten Kabinettskriege mit ihren begrenzten militärischen und politischen Zielen sowie der weitgehenden Schonung von Nichtkombattanten und Sachwerten vorüber war. Befürchtet wurde der Rückfall beziehungsweise die Fortentwicklung hin zum großen Massaker wie es zuletzt im Dreißigjährigen Krieg (1618–1648) in Europa stattgefunden hatte. Technische und gesellschaftliche Entwicklungen gingen hierbei Hand in Hand: Die Möglichkeiten der Kriegführung hatten sich grundlegend in Richtung Industrialisierung verändert; der technische Fortschritt wiederum machte die Mobilisierung der gesamten Gesellschaft notwendig; die daraus entstehenden Kosten mussten zwangsläufig den Verlierern des kommenden Krieges abgepresst werden; die Totalität einer drohenden Niederlage samt ihrer Kosten schließlich führte zur totalen Mobilisierung im eigenen Lager. So warnten die europäischen Sozialisten und Sozialdemokraten bis zuletzt vor dem Krieg. August Bebel, der Führer der deutschen Sozialdemokratie, prognostizierte in seiner Reichstagsrede im November 1911 ebenfalls erschreckend zutreffend, dass der kommende Krieg «16 bis 18 Millionen» Männern das Leben kosten werde, die «Männerblüte der verschiedenen Nationen» werde «ausgerüstet mit den besten Mordwerkzeugen, gegeneinander als Feinde ins Feld rücken». Bebel sah die «Götterdämmerung der bürgerlichen Welt» kommen.⁴

Ein Krieg neuer Qualitäten

Der Erste Weltkrieg war in militärischer und damit zerstörerischer Hinsicht eine Zäsur. Feindliche Truppen begegneten sich nicht mehr auf einem abgesteckten Territorium, auf dem die Entscheidungsschlacht gesucht wurde, der Krieg umfasste vielmehr den gesamt-

ten Raum der kriegführenden Nationen. Die gesamte Ökonomie wurde herangezogen (Kriegswirtschaft), die eigene Zivilbevölkerung zur Zwangsarbeit in den kriegsindustriellen Betrieben verpflichtet – in Deutschland durch das Vaterländische Hilfsdienstgesetz, in Österreich-Ungarn und Frankreich waren die Arbeiter unter Militäraufsicht gestellt, in England wurden mit Zustimmung der Gewerkschaften zumindest das Streikrecht und die Freizügigkeit eingeschränkt.⁵ Sodann wurde in allen Gesellschaften ein Propagandakrieg gegen den Feind geführt. Und schließlich ging der Krieg zwar von Europa aus und wurde um die Vorherrschaft in Europa geführt, durch die Integration der Kolonien und ihrer Bevölkerungen ergriff er aber tatsächlich weite Teile der Welt.⁶ All dies war in einzelnen Details nicht neu, in dem quantitativen Umfang stellte es jedoch eine neue Qualität dar.

Die Akteure waren gegenüber der durch die Waffentechnologie hervorgerufenen neuen Qualität der Kriegführung nicht vollständig blind, allerdings hofften alle Seiten, vor allem die deutsche, durch ihre Überlegenheit den Krieg schnell für sich entscheiden zu können. So wurde auf die Planungen Alfred Graf von Schlieffens aus dem Jahr 1905 zurückgegriffen, der von einem Zweifrontenkrieg ausging (im Westen gegen Frankreich und im Osten gegen Russland) und der den Zeitvorteil nutzen sollte, über den das deutsche Heer wegen der längeren Mobilisierungsphase in Russland verfügte, um Frankreich schnell niederzuschlagen. Nachdem Frankreich innerhalb weniger Wochen militärisch geschlagen war, sollte der Hauptteil des Heeres Richtung Osten marschieren. Teil des Schlieffenplans war dabei die Umgehung des französischen Heeres durch den Einmarsch in das neutrale Belgien und in Luxemburg – was schließlich den Bündnisfall für England auslöste. Sechs Wochen nach Kriegsbeginn war dieses Vorhaben jedoch komplett gescheitert (Schlacht an der Marne, 5.–12. September 1914). Jetzt entwickelte sich der Krieg zu dem den Ersten Weltkrieg charakterisierenden Stellungskrieg mit seinem vernichtenden Rhythmus von Trommelfeuer, anschließendem Infanterieangriff und Abwehr durch Maschinengewehre. «Bereits ein oder zwei intakte, gut getarnte und geschützte Maschinengewehrnester konnten ganze Regimenter aufhalten oder vernichten.»⁷ Prägten den Zweiten Weltkrieg auf der militärischen Ebene Panzerschlachten und die entsprechende Mobilität, so prägten den Ersten Weltkrieg Stellungskrieg, Artillerie, Maschinengewehr und Flammenwerfer (und heute Fernlenk Waffen unterschiedlichster Art: Drohnen, Raketen, Cruise Missiles usw.). Neue und furchtbare Waffen wie Giftgas wirkten vor allem psychologisch, «lediglich» rund 90 000 Menschen sollen im Gaskrieg umgekommen sein.

Dann war der Umfang der Kriegsziele neu. In den Kriegen der 1860er Jahre wurden Schleswig und Holstein von Preußen und Österreich aus dem dänischen Staatsverband herausgerissen (und im deutsch-deutschen Krieg dann in den Norddeutschen Bund integriert), im deutsch-französischen Krieg 1870/71 Elsass und Lothringen annektiert. Im Ersten Weltkrieg gingen die Kriegsziele jedoch weit darüber hinaus. Im «Septemberprogramm» des Reichskanzlers Bethmann Hollweg, verfasst wenige Wochen nach Kriegsbeginn, hieß es an erster Stelle: «Sicherung des Deutschen Reichs nach West und Ost auf erdenkliche Zeit». Dies sollte erreicht werden über Gebietsabtretungen Frankreichs (mindestens das Erzbecken von Briey), Belgiens (Lüttich und Verviers sowie eine Grenzstrich zu Luxemburg, vielleicht auch Antwerpen) und die Einverleibung Luxemburgs als deutschen Bundesstaat. Schließlich war entscheidend, dass die deutschen Kriegspläne die

«Gründung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes durch gemeinsame Zollabmachungen, unter Einschluß von Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, Österreich-Ungarn, Polen (!) und eventuell Italien, Schweden und Norwegen» vorsahen, welcher «unter äußerlicher Gleichberechtigung seiner Mitglieder» auftreten, «tatsächlich unter deutscher Führung» stehen sollte.⁸ Das Ziel war nichts weniger als die Neuordnung Europas unter deutscher Führung und damit ein Krieg mit europäischen Dimensionen, wie er zuletzt von und gegen das napoleonisch-revolutionäre Frankreich zwischen 1792 und 1815 geführt wurde und mit dem Wiener Kongress endete. Die Zukunft Russlands war zu Beginn des Krieges aus deutscher Perspektive noch offen, die Phantasien der herrschenden Klassen im Reich wurden dann im «Frieden» von Brest-Litowsk mit dem revolutionären Russland im März 1918 deutlich: Das Deutsche Reich sicherte sich Optionen auf Polen, Litauen und Teile Lettlands (Kurland), die anderen Gebiete des späteren Lettlands sowie Estlands und Weißrusslands blieben von deutschen Truppen besetzt; insgesamt sollte Russland mehr als ein Drittel seiner Bevölkerung abtreten.

Dass die Verlierer eines solchen europäischen oder gar globalen Krieges nach Revanche dürsten würden, war absehbar; dass ohne weitgehende Versöhnung und innere Umwälzung in den kriegführenden Staaten, vor allem in Deutschland, ein neuer Krieg beginnen würde, war auch um 1915 schon allen Beteiligten bewusst.

Das Jahrhundert der Revolutionen

Insofern begann mit dem August 1914, wie Engels, Moltke, Bebel und viele andere befürchtet und vorhergesagt hatten, tatsächlich eine dreißigjährige Kriegsperiode, die erst 1945 endete. Aber nicht nur die Dauer und der Umfang des kommenden Krieges wurden teils mit ungewöhnlicher Exaktheit prognostiziert, auch das Nahen der «Götterdämmerung der bürgerlichen Welt» (Bebel) und der «schließliche Sieg der Arbeiterklasse» trafen ein – wenn auch in dem «Sinne» des 20. Jahrhunderts, nicht des 19. Jahrhunderts. Das Ende der bürgerlichen Welt des 19. Jahrhunderts und das siegreiche Auftreten kommunistischer Parteien bis hin zur Entstehung der beiden Blöcke nach 1945 waren denn auch die beiden zentralen Folgen des Ersten Weltkriegs. Die (wie in Deutschland teils sehr weitgehenden) Arrangements der bürgerlichen Politik in Europa mit ihren jeweiligen Dynastien und monarchischen Herrscherhäusern endeten in den Verliererstaaten des Krieges abrupt: Die Hohenzollern, Habsburger und die Dynastie der Osmanen landeten auf der Müllhalde der Geschichte; Deutschland, Österreich und die Türkei wurden zu Demokratien. In Deutschland endete 1918 die über fünfzigjährige Phase des Semiparlamentarismus (seit 1867), Parteien und Parlament verfügten nun über die ganze politische Macht, das Dreiklassenwahlrecht in Preußen wurde abgeschafft und – auf keinen Fall das Unbedeutendste – auch die andere Hälfte der Menschheit erhielt nun endlich das Wahlrecht. Selbst in nicht am Krieg beteiligten Ländern wie den Niederlanden machten sich mit der freiwilligen Einführung des allgemeinen Männerwahlrechts 1917 und des aktiven Frauenwahlrechts 1919 die Fernwirkungen der Revolutionen und Revolutionsdrohungen bemerkbar.⁹

Aber auch die Siegerstaaten des Krieges gerieten unter Druck, da der Krieg ihre Ökonomien ruiniert und die Bevölkerungen ausgepresst hatte. Als politischer und ökonomi-

scher Sieger beendeten im Grunde nur die USA den Krieg. Seine Kosten belasteten in den 1920er Jahren alle europäischen Ökonomien und leisteten ihren Beitrag zur großen Krise ab 1929. Die Siegerstaaten gerieten aber auch durch das von Links (Lenin) und Rechts (Wilson) verkündete Dogma des Selbstbestimmungsrechts der Völker unter Druck, weil hiermit die politische Legimitation für alle antikolonialen Befreiungsbewegungen des 20. Jahrhunderts geschaffen wurde.

Russland nun war Sieger- wie Verliererstaat zugleich und traf es somit am dramatischsten. Obgleich viele Beobachter schon im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts nicht mehr an eine lange Zukunft der Romanows glaubten – davon gab der Revolutionsversuch 1905 einen Vorgeschmack – so war die Wucht des Oktobers 1917 doch gewaltig.

Der erste Weltkrieg bedeutete also das Ende der bürgerlichen Gesellschaften, wie Bebel und Engels sie kannten, und mit den kommunistischen Parteien und der Sowjetunion traten neue Akteure auf, die das 20. Jahrhundert prägen sollten.¹⁰ Der Krieg führte (zur endgültigen) Spaltung der Arbeiterbewegung in einen reformorientierten, sich mit der bürgerlichen Gesellschaft arrangierenden, und einen umstürzlerischen, revolutionären Teil. In Deutschland markierte der 4. August 1914, als die sozialdemokratische Reichstagsfraktion der Bewilligung der Kriegskredite zustimmte, diese Spaltung, in anderen Ländern wie Schweden oder Russland vertiefte der Krieg lediglich den schon vorhandenen Graben und beschleunigte das Auseinandertreiben. Der Oktober 1917 hob die Spaltung dann auf eine globale Ebene. Insofern führte der Erste Weltkrieg in ein Jahrhundert politischer, sozialer und sozialistischer Revolutionen und Revolutionsversuche: Es begann mit der Oktoberrevolution, es folgten Rätebewegungen in Deutschland und Ungarn unmittelbar nach dem Krieg, die Volksfrontbewegungen in Frankreich und Spanien in den 1930er Jahren, die sozialistischen Satellitenbildungen nach 1945 in Osteuropa, die antikolonialen Befreiungsbewegungen in Asien, Afrika und Lateinamerika, die zwischen 1945 und etwa 1975 nahezu alle früheren besetzten Gebiete (Kolonien) in die Unabhängigkeit führten. Zu den Folgen von 1914 und 1917 zählen aber auch die sozialen und sozialistischen Bewegungen in Kuba, Nicaragua und El Salvador, und schließlich und nicht zuletzt: China. Alle diese Bewegungen, auch wenn sie ohne Zweifel ihre eigenen Ursachen, Terminologien und Ideologien hatten, nahmen in irgendeiner Weise Bezug auf 1914/1917. Als Resultat des Krieges formierten sich aber auch auf der (extremen) Rechten Massenbewegungen nationalistischer, monarchistischer und nicht zuletzt faschistischer Art, die das 20. Jahrhundert prägten: Hierzu zählten Hitler und die NSDAP in Deutschland, Mussolini und sein Partito Nazionale Fascista, aber auch die Wiederherstellung der Monarchie in Ungarn nach der kurzen Blüte der Räte 1919 oder der Militärputsch in Spanien mit anschließendem dreijährigen Bürgerkrieg (1936–1939). Die Formierung der extremen Rechten, der Faschisten, führte die Welt schließlich in den Zweiten Weltkrieg.

Wenn und insofern wir heute noch politisch Bezug nehmen auf die alte Arbeiterbewegung und ihre Strömungen und Fraktionen, gleich ob in organisatorischer, allgemeinpolitischer oder auch nur gelegentlich in kultureller Form, so sind 1914 und 1917 noch heute Bezugspunkte und der Erste Weltkrieg präsenter, als man glauben mag. In Deutschland werden die Folgen des Ersten Weltkriegs jedoch durch die Schrecken des

Nationalsozialismus, den Zweiten Weltkrieg und vor allem die Shoah überlagert. In gewisser Weise ist der Erste Weltkrieg in weiten Teilen der deutschen politischen Linken heute vergessen. In den 1970er und 1980er Jahren wurde noch intensiv über den realen oder vermeintlichen sozialdemokratischen Verrat an der Arbeiterbewegung diskutiert.¹¹ Mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus, dem Ende des Blockkonflikts, kam jedoch eines der zentralen Resultate des Ersten Weltkriegs selbst zu einem Ende, sodass die früheren innerlinken Diskussion abbrechen. (Insofern hatte der US-amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama mit seinem Ausrufen des Endes der Geschichte 1989 einen realen Gehalt. Zwar war nicht die Geschichte am Ende, aber die historische Kenntnis über eine ganze Epoche fiel der Vergessenheit anheim.)¹² Zwar häufen sich mittlerweile in linken Publikationen Analysen zum Ersten Weltkrieg, dennoch hat dieser nicht die Relevanz, die ihm angesichts der gegenwärtig in den bürgerlichen Feuilletons und auf Dutzenden von Vortragsveranstaltungen wortführender Historiker geführten Kriegsschulddebatte zukommt. Die Frage der Schuld beziehungsweise Verantwortung des Deutschen Kaiserreichs für den Ersten Weltkrieg wird aktuell neu aufgerollt – und nicht zuletzt aus politischen Motiven.

Die Schuldfrage

Die Diskussion über die Kriegsschuld begann im Grunde schon im August 1914, da es für das Deutsche Reich nicht ganz einfach war, sich als angegriffene Nation zu präsentieren, während sie in der Nacht vom 3. auf den 4. August 1914 in das neutrale Belgien einmarschierte. Aber auch nach der Niederlage argumentierte die militärische und (ehemalige) politische Führung des Kaiserreichs, sie habe sich in einem Verteidigungskrieg gegen das zaristische Russland befunden, eine Position, die von Sozialdemokratie und Gewerkschaften geteilt wurde. SPD und Gewerkschaften lehnten zwar die umfangreichen Kriegsziele des Reiches ab, auch gaben sie deutsche Kriegsverbrechen in Belgien zu, Verantwortung für den Krieg, oder korrekter: für ihr politisches Stillhalten, wollten sie jedoch nicht übernehmen.¹³ Der Kriegsschuldartikel 231 im Versailler Vertrag von 1919, weit hinten im Vertragswerk angesiedelt und als Präambel zu den Zahlungsverpflichtungen verfasst, machte «Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und Schäden verantwortlich», die den Siegern des Krieges «durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungen wurde»¹⁴. Dies wurde in einem nationalen Konsens mehrheitlich abgelehnt.

Wissenschaftliche Deutungskämpfe begannen unmittelbar im Anschluss an die Niederlage. Das Auswärtige Amt (Referat Kriegsschuld) gab die Aktenedition *Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871–1914* (40 Bände, 1922–1927) heraus, die zwar keine Fälschungen enthielt, aber durch die thematische und nicht chronologische Anordnung der Dokumente sowie deren Auswahl und Kommentierungen danach trachtete, die Schuld Deutschlands am Ersten Weltkrieg zu negieren. Stattdessen sollte in der öffentlichen Meinung die Auffassung durchgesetzt werden, «daß der Krieg 1914 dem Reiche aufgezwungen worden sei»¹⁵. Dem gegenüber stand eine von Karl Kautsky besorgte und noch vom Rat der Volksbeauftragten veranlasste, aber aufgrund der Versailler Verhandlungen durch die Regierung verzögerte Edition mit Dokumenten zum Kriegsausbruch,

in der Kautsky einerseits dem Deutschen Reich die Alleinschuld am Krieg zuwies, hierfür aber die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der Monarchie verantwortlich machte.¹⁶ Im Unterschied zur später erschienenen Edition des Auswärtigen Amts sind die Dokumente in der Kautsky-Edition chronologisch angeordnet.¹⁷

Die Fischer-Kontroverse

Die offizielle historiografische und damit auch schließlich politische Sicht auf den Ersten Weltkrieg blieb bis in die 1960er Jahre hinein, dass das Deutsche Reich samt den anderen kriegführenden Mächten in den Krieg hineingeschlittert seien. Das Auswärtige Amt hatte in den 1920er Jahren ganze Arbeit geleistet, sodass selbst im Ausland die Auffassung vertreten wurde, die europäischen Mächte seien gewissermaßen ungewollt in den Weltkrieg geglitten. Prominent wurde diese Formulierung durch die Erinnerungen von Lloyd George, britischer Premierminister von 1916 bis 1922, wonach Europa «slithered over the brink into the boiling cauldron of war»¹⁸. Nach 1945, dem zweiten von deutschem Boden ausgehenden Weltkrieg, wurde es schon deutlich schwieriger, diese Position zu halten. Zu aggressiv waren die Kriegsziele der Nationalsozialisten, zu ähnlich aber auch die Frontverläufe des Ersten und des Zweiten Weltkrieges. Und schließlich war auch die Frage zu aufdringlich: Warum gerade «Wir». Der konservativen Historiografie ging es zwar weiterhin darum, die Kriegsunschuldthese für den Ersten Weltkrieg zu verfechten, fast noch wichtiger war jedoch nun, die Reichsgründung 1871 und Otto von Bismarck vor der Aburteilung zu retten.¹⁹

Der Hamburger Historiker Fritz Fischer forderte in den 1960er Jahren dann mit seiner Monografie *Der Griff nach der Weltmacht* im Alleingang die westdeutsche Gesellschaft heraus.²⁰ Auf Basis neuer Funde beziehungsweise von in der DDR befindlichen Quellen kam Fischer zu dem nicht allzu erstaunlichen Ergebnis, das Reich habe eine zentrale Verantwortung getragen. Fischer argumentierte zum einen mit dem «Septemberprogramm» von 1914, zum anderen mit einer Besprechung Wilhelms II. mit der militärischen Führung am 8. Dezember 1912, dem sogenannten Kriegsrat, die Fischer als Diskussion über einen zu führenden Präventivkrieg interpretierte. Das Reich war, so Fischer, keineswegs in den Krieg «geschlittert», sondern hatte von Kriegsbeginn an weitgehende Ziele formuliert. Von einer deutschen «Alleinschuld» wollte Fischer zunächst nicht sprechen, sondern nur von einer bewussten Inkaufnahme eines großen Krieges und damit der «Hauptschuld».²¹ Das Reich sei ein kalkuliertes Risiko eingegangen, in dem es Österreichs Krieg gegen Serbien unterstützte. Die heftigen Reaktionen in der deutschen historischen «Zunft», vor allem aber die Reaktionen in der medialen Öffentlichkeit und die folgenden politischen Interventionen – das Auswärtige Amt strich Fischer 1964 die Mittel für eine USA-Reise – ließen Fischer seine These soweit zuspitzen, dass er tatsächlich am Ende vom alleinigen Kriegswillen und der bewussten Suche nach einem Kriegsgrund auf deutscher Seite sprach.²² Die großen Debatten mündeten schließlich in eine Version «Fischer light»: Das Deutsche Reich war nicht alleinschuldig, und es handelte sich im Juli auch nicht um eine zielgerichtete Provokation beziehungsweise ein bewusstes Drängen Österreichs durch die deutsche Reichsführung, in den Krieg zu ziehen, sondern um ein kalkuliertes Risiko.²³

Schlafwandler

Dieser politische und geschichtswissenschaftliche Kompromiss, «Fischer light», überdauerte in Deutschland die 90. Wiederkehr des Krieges, nicht aber das 100jährige Gedenken.²⁴ Schon seit letztem Jahr wird, wie der Historiker und frühere Feuilletonchef der *Zeit*, Volker Ullrich, im Januar zu Recht titelte, wieder geschlittert.²⁵ Das 2012 auf Englisch erschienene, rechtzeitig für den deutschen Buchmarkt im Herbst 2013 übersetzte und mittlerweile in der 10. Auflage verfügbare Werk von Christopher Clark (*Die Schlafwandler*) schien die alten Debatten endlich zu beerdigen.²⁶ Auf der einen Seite untersucht Clark die mentalen Landschaften der beteiligten Großmächte und entwickelt folglich keine zentrale These im Sinne einer Verurteilung oder Verantwortungssuche. Clark legt einen Schwerpunkt auf den serbischen Nationalismus (das Attentat Gavrilo Princip's auf Erzherzog Franz Ferdinand und dessen Ehefrau) und entwickelt, da er der serbischen Regierung eine Mitschuld gibt, ein außerordentlich großes Verständnis für den österreichischen Angriff. Eine Schuldzuweisung will er nicht vornehmen, was aus geschichtswissenschaftlicher Perspektive auch nicht notwendig ist, er unternimmt aber auch keine Suche nach Verantwortlichkeiten. Da, so Clark am Ende seines Buches, «die Krise von 1914 außerordentlich komplex war» und alle «wichtigen Protagonisten hofften, dass es nicht so weit kommen würde», blendet er diesen Fragenkomplex schlicht aus.²⁷ Im Ergebnis, so endet Clark, «waren die Protagonisten von 1914 Schlafwandler – wachsam, aber blind, von Albträumen geplagt, aber unfähig, die Realitäten der Gräueltaten zu erkennen, die sie in Kürze in die Welt setzen sollten»²⁸. Ein Kern der gegenwärtigen Kontroverse ist die Reduktion der Arbeit Fischers auf die von Fischer zunächst gar nicht vertretene Alleinschuldthese. In einem zweiten, die deutsche Geschichte entlastenden Schritt werden diese (in der zugespitzten Form nicht haltbaren Aussagen Fischers) mit dem Kriegsschuldartikel 231 des Versailler Vertrags in Verbindung gesetzt.

Ob Clark sich der diskursiven Folgen seiner Arbeit bewusst war, wissen wir nicht. In den deutschen Feuilletons war nun jedenfalls die *Zeit* gekommen, die deutsche Geschichte endlich vom Ballast zumindest eines Angriffskrieges zu befreien, und dies durch die Arbeit eines in dieser Hinsicht unverdächtigen Australiers. Vorneweg protegiert seit dem Herbst 2013 *Die Welt* Clarks Buch und lässt von durchaus namhaften Professoren wie Dominik Geppert (Bonn) formulieren, dass nun endlich die Alleinschuldthese Fischers vom Tisch sei. Gemeinsam mit Sönke Neitzel, Cora Stephan und Thomas Weber schreibt Geppert: «Das Deutsche Reich war nicht «schuld» am Ersten Weltkrieg.»²⁹ Als Begründung führen die Historiker an, dass es eine solche Kategorie «bis dahin gar nicht» gab, da für alle Nationen das «ius ad bellum», also das Recht zur Kriegführung gegolten habe. Dass mit einer solchen Argumentation die wissenschaftliche Analyse schlicht durch die Übernahme zeitgenössischer Perspektive der herrschenden Klassen ersetzt wird, ist die eine Seite des Problems, die andere ist, dass die Autoren sehr wohl einen Verantwortlichen ausmachen können: «Erst der britische Kriegseintritt aber machte aus dem Ursprungskonflikt ein globales Desaster.» Nicht der deutsche Einmarsch in Belgien, Luxemburg und Frankreich, sondern der britische Beistand für Frankreich und das neutrale Belgien ließen den Konflikt eskalieren...

Dass das Ziel dieser Debatte eigentlich ein aktuelles, politisches ist, machen die Verfasser gleich zu Beginn ihres Beitrags deutlich: «Es hat auch mit der seit den Sechzigerjahren unter deutschen Politikern, in Schulen und Redaktionsstuben verbreiteten Welt-sicht zu tun, Deutschland habe nicht nur den zweiten, sondern auch den ersten der beiden Weltkriege angezettelt. Bei manchen unserer europäischen Nachbarn verdichtet sich das heute zu dem Diktum, mit seiner Euro-Politik drohe Deutschland den Kontinent ein drittes Mal zu ruinieren.» Es geht um die politische Handlungsfreiheit des heutigen Deutschlands; hierfür soll, ja muss historisch-moralische Schuld aus dem Weg geräumt werden.

In eine ähnliche politische Kerbe haut der Berliner Politikwissenschaftler Herfried Münkler, der rechtzeitig zum Jubiläumsjahr ebenfalls ein Mammutwerk vorlegte. Münkler nimmt hinsichtlich der Kriegsschulddebatte eine ähnliche Perspektive wie Clark ein, fokussiert aber dennoch stärker auf die deutsche Politik.³⁰ In gewisser Weise führt Münkler sogar einen noch schärferen Angriff auf Fischer und die früheren Erkenntnisse, da er die Bevölkerung für die weitreichenden Kriegsziele des Reiches in Haftung nimmt. In der deutschen Bevölkerung und nicht zuletzt auch der Arbeiterklasse sei durch die Kriegs-anleihen bis 1916 eine Erwartungshaltung entstanden, die habe befriedigt werden müssen. Die Kriegsbegeisterung in der Bevölkerung und nicht zuletzt der Unterschichten, so Münkler, hätte den Handlungsspielraum der Reichsführung eingeschränkt, denn «ohne Annexionen und Reparationen» hätten «die Erwartungen der unteren Schichten auf soziale Besserstellung als Lohn für die Lasten des Kriegs nicht erfüllt werden» können.³¹ Im Effekt sei aus diesem Verhältnis sogar der Wohlfahrtsstaat entstanden: «Der Wohlfahrtsstaat war die Antwort auf die Opferbereitschaft der Bevölkerung: Die einen verlieren ihre Söhne und Väter, die anderen nur ihr Geld, viele aber verlieren beides.»³² Gepaart ist diese Revision der Forschungen zum Ersten Weltkrieg mit einer unerträglichen Arroganz. Mehrfach behauptet Münkler, dass der methodische Zugriff Fischers – also «nur» die Akten einer der kriegführenden Parteien zu untersuchen – heute nicht einmal mehr in einem Proseminar akzeptiert werden würde.³³

Die wissenschaftlichen Rezensionen zu Clarks Schlafwandlern sind alles in allem deutlich vorsichtiger als die feuilletonistische Begleitmusik (da Münklers Werk erst im Dezember 2013 erschien, lagen beim Verfassen dieses Beitrags noch keine Besprechungen vor).³⁴ Sie weisen vorsichtig auf die ausgelassene Betrachtung der internationalen Rolle des Deutschen Kaiserreichs hin: «Wirtschaftliche Rivalitäten, koloniale Ambitionen, das ganze Instrumentarium imperialer Rivalität kommen kaum vor, werden am Ende nur beim britisch-russischen Verhältnis als relevant erwähnt.»³⁵ Weniger vorsichtige Besprechungen in der Fachwissenschaft werten Clarks Arbeit als ignorant. «Seine nachsichtige Beurteilung der beiden Mittelmächte streift freilich schon nahe an Ignoranz gegenüber dem, was die Forschung inzwischen – auch jenseits von Fischers <Griff nach der Weltmacht> – als historisches Wissen über die zweifellos kriegstreibenden Kräfte in der deutschen Reichsleitung sowie über die nicht minder aggressive Kriegsbereitschaft in Wien gesichert hat.»³⁶ Und selbst die wohlmeinende Kritik muss den «Kopf schütteln» über das Verständnis für den österreichischen Angriff auf Serbien, das nämlich den serbischen Nationalismus zu Beginn des 20. Jahrhunderts «von heute und vom Massaker von Srebrenica her» interpretiert. «Die Serben mit ihrer schon damals ungeheuren Brutalität und

Grausamkeit sind also im Grunde die bösen Buben dieser Vorkriegszeit, und Österreich-Ungarn hatte alles Recht, sich gegen sie zu wehren. Über einen solchen Exzess einer missverstandenen Methode, die Geschichte ‹von heute her› zu schreiben, kann man wirklich nur den Kopf schütteln.»³⁷ (Clarks Wertung der serbischen Politik und des serbischen Nationalismus vor dem Krieg trifft an anderer Stelle sogar auf die Kritik, einem veralteten Forschungsstand aufgesessen zu sein.)³⁸ Für Gerd Krumeich, den Doyen der deutschen Forschung zum Ersten Weltkrieg, der Clarks Arbeit durchaus wohlwollend bespricht, steht die deutsche Verantwortung nach wie vor außer Frage: «Die größte Verantwortung für den Krieg, wie er im August 1914 ausbrach, hatte nach meiner Überzeugung Deutschland, weil es versuchte, den Konflikt zu einem ‹Test› auf die russische Kriegsbereitschaft auszugestalten. Die Forderung, der Konflikt müsse auf jeden Fall zwischen Österreich und Serbien ‹lokalisiert› bleiben, war das wirkliche Vabanquespiel in der Krise. Das ist zu wenig bemerkt worden, auch nicht von Christopher Clark.»³⁹

Das politische Programm der Geschichtsrevision

Insoweit bleibt abzuwarten, wie sich die weitere Debatte um Christopher Clark und Herfried Münkler entwickeln wird. Auch andere, medial nicht wie Clark und Münkler hervorgetretene historiografische Revisionsversuche der deutschen Geschichte stoßen in den Rezensionsteilen und -magazinen der Fachwissenschaft auf wenig Zustimmung. Hans Fenske, der in Russland den Kriegsschuldigen und in dessen Beistandspartner Frankreich den Hauptmitverantwortlichen sieht, wird in für Rezensionen selten deutlichen Worten kritisiert: «Die Argumentation ist schlicht, und sie offenbart die Gesamtmethode des Buches, die im Interesse der These gelenkte Selektion.»⁴⁰ Ob jedoch diese fachwissenschaftliche Kritik auch zur medialen Oberfläche vordringen kann und ob sie sich zugleich mit dem politischen Programm auseinandersetzen kann und überhaupt will, das mit der Revisionsdebatte verbunden ist, steht eher in Frage. Dies wäre eigentlich auch eine Aufgabe der politischen Linken. Auf der Rechten und hier erneut in der Vorreiterin des Diskurses, der *Welt*, wird das politische-ideologische Programm formuliert: «Die deutsche ‹Meistererzählung›, nach der die Wurzeln für die moralischen Katastrophen von Völkermord und Nationalsozialismus in Kaiserreich und Nationalstaat ausgemacht werden, wird derzeit vor allem von jenen als ‹Errungenschaft› verteidigt, die darin ein gesellschaftspädagogisches Glaubensbekenntnis sehen und keine historische Analyse. Dieses Auseinanderklaffen von Realität und Wunschbild könnte auch die merkwürdige Tatenlosigkeit der deutschen Politik im Gedenkjahr erklären.»⁴¹ Mindestens der Nationalstaat und das Kaiserreich sollen für die deutsche Geschichte und das Gedenken wiederbelebt werden, eine Aufgabe der historischen Zunft, die der großen Politik die entsprechenden Handreichungen zu geben habe. Herfried Münkler als Politikwissenschaftler wird gar noch praktischer. Es müsse sich die deutsche Politik endlich von der Last der historischen Verantwortung frei machen, gewissermaßen historische Beinfreiheit für ihre Europa- und Weltpolitik gewinnen. «Es läßt sich kaum eine verantwortliche Politik in Europa betreiben, wenn man die Vorstellung hat: Wir sind an allem schuld gewesen. Bezogen auf 1914 ist das eine Legende ... Wir neigen außenpolitisch zu dem Gedanken: Weil wir historisch schuldig sind, müssen, ja dürfen wir außenpolitisch nirgendwo mit-

machen; also kaufen wir uns lieber frei, wenn es darum geht, Europa an den Krisenrändern zu stabilisieren. Ein Beispiel? Das außenpolitische Desaster Guido Westerwelles beim Eingreifen der Nato gegen den libyschen Diktator Gaddafi im Jahre 2011.»⁴²

Deutsche Verantwortung in der Welt bedeutet Intensivierung der Militäreinsätze. Zuletzt von Bundespräsident Gauck medial nach vorne geschoben, begleitet uns dieser Diskurs seit bald zwanzig Jahren. Ob und wo die nächsten Kriege von der Bundesrepublik geführt werden, entscheidet sich natürlich nicht auf dem Feld des Geschichtsgedenkens. Geschichtspolitik leistet aber ihren Anteil im Diskurs. Insofern ist 1914 nun fast wieder näher als vor zehn oder zwanzig Jahren.

Anmerkungen

1. Zu den Erwartungen über die militärischen Qualitäten vgl. Gerd Krumeich: Vorstellungen vom Krieg von 1914 und der Beginn des «Großen Krieges». In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 16/17, 2014, S. 3–9.
2. Friedrich Engels: Einleitung [zu Sigismund Borkheims Broschüre «Zur Erinnerung für die deutschen Mordspatrioten. 1806–1807»]. In: Karl Marx/Friedrich Engels: Werke. Bd. 21. Berlin 1962, S. 350f.
3. Verhandlungen des Reichstags. VIII. Legislaturperiode, 1. Session 1890/91, Stenographische Berichte. Bd. 268, S. 7730 (Sitzung vom 9. 11. 1911), S. 76 (Sitzung vom 14. 5. 1890).
4. Verhandlungen des Reichstags. XII. Legislaturperiode, 22. Session, Stenographische Berichte. Bd. 268, S. 7730 (Sitzung vom 9. 11. 1911).
5. Vgl. zum Einstieg Volker Weiss: Die Arbeitskraft als Kriegsbeute. In: Jungle World, Nr. 22, 28. 5. 2014, <http://jungle-world.com/artikel/2014/22/49934.html>.
6. Vgl. hierzu auch die Beiträge im neuen Heft des INKOTA-Netzwerks: Südlink, Nr. 168, Juni 2014 (Hundert Jahre Erster Weltkrieg – Der globale Süden zwischen den Fronten).
7. Bernd Ulrich: Strategien und Waffen im industrialisierten Krieg. In: Dossier: Der Erste Weltkrieg, Bundeszentrale für politische Bildung, www.bpb.de/geschichte/deutsche-geschichte/ersterweltkrieg/155306/strategien-und-waffen-im-industrialisierten-krieg (Abruf 12. 6. 2014).
8. Septemberprogramm. In: Fritz Fischer: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18. Düsseldorf 1961, S. 93.
9. Friso Wielenga: Die Niederlande. Politik und Kultur im 20. Jahrhundert. Münster 2008, S. 20f.
10. Vgl. grundlegend hierzu Eric Hobsbawm: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts. München, Wien 1995.
11. Einen Eindruck von den auf geschichtswissenschaftlicher Seite geführten Debatten gewinnt man unter anderem bei Helga Grebing, Doris von der Brölie-Lewien: Grundprobleme der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Bemerkungen zu einigen Gesamtdarstellungen und Spezialstudien (Sammelrezension). In: Archiv für Sozialgeschichte. Bd. 23, 1983, S. 555–573. http://library.fes.de/jportal/servlets/MCRFileNodeServlet/jportal_derivate_00020574/afs-1983-555.pdf.
12. Francis Fukuyama, The End of History. In: The National Interest, Summer 1989. <http://www.wesjones.com/eoh.htm>.
13. Auch heute noch immer lesenswert: Susanne Miller: Burgfrieden und Klassenkampf. Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg. Düsseldorf 1974.
14. Der Friedensvertrag zwischen Deutschland und den Alliierten und Assoziierten Mächten. Amtlicher Teil der Entente und amtliche deutsche Übertragung. Volksausgabe in drei Sprachen. Charlottenburg 1919, Art. 231.
15. Wolfgang Jäger: Historische Forschung und politische Kultur in Deutschland. Die Debatte 1914–1980 über den Ausbruch des Ersten Weltkrieges. Göttingen 1984, S. 46.
16. Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch. Vollständige Sammlung der von Karl Kautsky zusammengestellten amtlichen Aktenstücke mit einigen Ergänzungen im Auftrage des Auswärtigen Amtes

nach gemeinsamer Durchsicht mit Karl Kautsky hrsg. von Max Montgelas und Walter Schücking. Charlottenburg 1919.

17. Vgl. auch Ulrich Heinemann: Die verdrängte Niederlage. Politische Öffentlichkeit und Kriegsschuldfrage in der Weimarer Republik. Göttingen 1983, S. 74ff; Gerd Krumeich, Gerhard Hirschfeld: Die Geschichtsschreibung zum Ersten Weltkrieg. In: G. Krumeich et al. (Hrsg.): Enzyklopädie Erster Weltkrieg. Paderborn 2003, S. 304–315.

18. David Lloyd George: War Memoirs. Bd. 1. London 1933, S. 32.

19. Vgl. Gerhard Ritter: Europa und die deutsche Frage. Betrachtungen über die geschichtliche Eigenart des deutschen Staatsdenkens. München 1948; Gerhard Ritter: Gegenwärtige Lage und Zukunftsaufgaben deutscher Geschichtswissenschaft. In: Historische Zeitschrift, Nr. 170, 1950, S. 1–22.

20. Fritz Fischer: Griff nach der Weltmacht. Die Kriegszielpolitik des kaiserlichen Deutschland 1914/18. Düsseldorf 1961.

21. Vgl. exemplarisch die frühe und angesichts der Bedeutung Fischers gewissermaßen entspannte und sachliche Besprechung: Als Deutschland nach der Weltmacht griff. In: Die Zeit, 17.11.1961, S. 12. <http://pdfarchiv.zeit.de/1961/47/als-deutschland-nach-der-weltmacht-griff.pdf>.

22. Zur Fischerkontroverse vgl. auch Konrad H. Jarausch: Der nationale Tabubruch. Wissenschaft, Öffentlichkeit und Politik in der Fischer-Kontroverse. In: M. Sabrow et al. (Hrsg.): Zeitgeschichte als Streitgeschichte. Große Kontroversen seit 1945. München 2003, S. 20–40.

23. Vgl. Klaus Große Kracht: Kriegsschuldfrage und zeithistorische Forschung in Deutschland. Historiographische Nachwirkungen des Ersten Weltkriegs. In: Zeitgeschichte-online, Mai 2004, www.zeitgeschichte-online.de/thema/kriegsschuldfrage-und-zeithistorische-forschung-deutschland; Annika Mombauer: Julikrise und Kriegsschuld – Thesen und Stand der Forschung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 16/17, 2014, S. 10–16.

24. Zu den um 2004 erschienenen Werken vgl. exemplarisch Wilfried Rudloff: Neuerscheinungen zur Geschichte des 1. Weltkriegs (Rezension). In: sehepunkte, Nr. 7/8, 2004, www.sehepunkte.de/2004/07/6594.html.

25. Volker Ullrich: Nun schlittern sie wieder. In: Die Zeit, Nr. 4, 24. Januar 2014, www.zeit.de/2014/04/erster-weltkrieg-clark-fischer/komplettansicht.

26. Christopher Clark: The Sleepwalkers. How Europe went to war in 1914. London 2012; Die Schlafwandler: Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog. München 2013.

27. Clark, a. a. O., S. 709.

28. Clark, a. a. O., S. 718

29. Dominik Geppert, Sönke Neitzel, Cora Stephan, Thomas Weber: Der Beginn vieler Schrecken. In: Die Welt, 3.1.2014, www.welt.de/print/die_welt/politik/article123489102/Der-Beginn-vieler-Schrecken.html.

30. Herfried Münkler: Der große Krieg. Die Welt 1914 bis 1918. Berlin 2013.

31. Ebd., S. 784.

32. Zeitraffer eines Jahrhunderts. Herfried Münkler über den Ersten Weltkrieg. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.1.2014, www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/100-jahre-erster-weltkrieg/herfried-muenkler-ueber-den-ersten-weltkrieg-zeitraffer-eines-jahrhunderts-12766254.html?printPagedArticle=true#pageIndex_2.

33. So häufiger in Interviews und auf Veranstaltungen (siehe Ullrich, a. a. O.; Eisenbahn diktierte die Politik. In: Westfälische Nachrichten, 9.6.2014, www.wn.de/Muenster/Kultur/1593287-Hochrangige-Historiker-im-Rathaus-Eisenbahn-diktierte-die-Politik.

34. Was den *Tagesspiegel* nicht daran hinderte, schon in der Ankündigung der Buchvorstellung von einem Meisterwerk zu sprechen (Herfried Münkler über den Ersten Weltkrieg. In: Tagesspiegel, 1.12.2013, www.tagesspiegel.de/kultur/herfried-muenkler-ueber-den-ersten-weltkrieg-das-grosse-sterben/9154582.html.

35. Jost Dülffer: Rezension zu: Clark, Christopher: Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog. München 2013. In: H-Soz-u-Kult, 21.11.2013, <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/2013-4-148>.
36. Lothar Machtan: Rezension von: Christopher Clark: Die Schlafwandler. Wie Europa in den Ersten Weltkrieg zog. Aus dem Englischen von Norbert Juraschitz, München: DVA 2013. In: sehepunkte, Nr. 1, 15.1.2014, www.sehepunkte.de/2014/01/23681.html.
37. Gerd Krumeich: Unter Schlafwandlern. In: Süddeutsche Zeitung, 30.11.2012, www.sueddeutsche.de/kultur/buch-zum-ersten-weltkrieg-unter-schlafwandlern-1.1537592. Vgl. auch Gerd Krumeich: Die Sehnsucht, unschuldig zu sein. In: Tageszeitung, 27.3.2014, www.taz.de/Deutsche-Verantwortung-fuer-den-1-WK/!135719.
38. Marie-Janine Calic: Kriegstreiber Serbien? Die Südslawen und der Erste Weltkrieg. Eine Richtigstellung. In: Osteuropa, Nr. 2, 2014, S. 43–58.
39. Das Kaiserreich unterschätzte 1914 Englands Macht. Gerd Krumeich im Interview mit Sven Felix Kellerhoff. In: Die Welt, 11.9.2013, www.welt.de/geschichte/article119906475/Das-Kaiserreich-unterschaetzte-1914-Englands-Macht.html.
40. Wolfgang Elz: Rezension von Hans Fenske: Der Anfang vom Ende des alten Europa. Die alliierte Verweigerung von Friedensgesprächen 1914–1919. München: Olzog Verlag 2013. In: sehepunkte, Nr. 2, 15.02.2014, www.sehepunkte.de/2014/02/23774.html.
41. Zocker brachen 1914 den großen Krieg vom Zaun. In: Die Welt, 28.1.2014, www.welt.de/geschichte/article124289827/Zocker-brachen-1914-den-grossen-Krieg-vom-Zaun.html.
42. Herfried Münkler im Interview mit Joachim Käppner und Christian Mayer. In: Süddeutsche Zeitung, 4.1.2014.